

**3761/J XXI.GP**

---

**Eingelangt am: 18.04.2002**

**ANFRAGE**

der Abgeordneten Lapp  
und Genossen  
an die Frau Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Kultur  
betreffend **Integration von Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf**

Im Jahr 1997 konnte in der Schulorganisationsgesetz-Novelle erreicht werden, dass Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch in der Sekundarstufe I integriert werden können - selbstverständlich mit einem speziellen Lehrplan und mit einem speziellen Förderprogramm. Nun sollte dieser eingeschlagene Weg weitergegangen und die Integration dieser Schülerinnen auf weitere Schulstufen ausgedehnt werden.

In der Fragestunde des Nationalrates am 28. Februar 2002 sagten Sie, Frau Bundesminister, zwar, dass Ihnen die Integration behinderter Kinder ein besonderes Anliegen sei, und deshalb wollten Sie die spezielle Förderung für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf auch auf die Polytechnischen Schulen ausweiten. Eine Ausweitung der Integration auf die mittleren und höheren Schulen lehnten Sie jedoch ab, obwohl dies international längst als richtig erkannt ist.

Grundsätzlich, so sagten Sie dann weiters, hielten Sie es für falsch, Kinder in Schulen - wie Sie es zynisch ausdrückten - "aufzubewahren".

Angesichts dieser gesellschafts- und behindertenpolitisch rückschrittlichen Haltung richten die unterzeichneten Abgeordneten an die Frau Bundesminister für Bildung, Wissenschaft und Kultur nachstehende

Anfrage:

1. Welche gesetzlichen Regelungen werden Sie dem Nationalrat zur Fortsetzung der Integration von Schülerinnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf bis wann vorlegen?
2. Warum wollen Sie die spezielle Förderung für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf nur auf die Polytechnischen Schulen ausweiten, obwohl eine Ausweitung

der Integration auf die mittleren und höheren Schulen international längst als richtig erkannt ist?

3. Was spricht Ihrerseits konkret gegen eine soziale Integration von Jugendlichen mit sonderpädagogischem Förderbedarf in der Berufsschule, in den ein-, zwei- oder dreijährigen berufsbildenden mittleren Schulen?
4. Die Elternbewegung fordert bei Integrationsfragen seit Jahren sehr massiv, dass es zu einer Ausweitung der Integration auf mittlere und höhere Schulen kommt. Warum gehen Sie in dieser Frage nicht auf die Wünsche der Eltern ein?
5. Sie überlegten laut, ob man nicht die Sonderschulen als "Förderschulen" bezeichnen sollte. Planen Sie konkrete Schritte in diese Richtung? Wenn ja, welche?
6. Abgesehen von einer bloßen Namensänderung, was planen Sie konkret inhaltlich, damit die Förderung der Kinder in den Sonderschulen tatsächlich noch weiter verbessert und die Motivation der Lehrerinnen noch mehr gesteigert wird?
7. Welche konkreten Maßnahmen planen Sie im Bereich Behindertenintegration und im Bereich der allgemeinen Behindertenpolitik für das Jahr 2003, das das Jahr der Behinderten ist?